

Bausteine für Klimagerechtigkeit

*8 Maßnahmen für eine solidarische
Zukunft*



Inhalt

1 Einführung 7

2 Bausteine für Klimagerechtigkeit 25



Gerechte Wohnraumverteilung

33

Der Wohnraum pro Kopf nimmt in Deutschland zu, wodurch auch der Energiebedarf steigt. Gleichzeitig ist Wohnraum ungleich und ungerecht verteilt. Auf einem profitorientierten Wohnungsmarkt besteht allerdings kein Interesse daran, Wohnraum sozial und umweltgerecht zu verteilen. Mit der Vergesellschaftung von Wohnraum kann die Umsetzung dieser Ziele ermöglicht bzw. maßgeblich beschleunigt werden.



Autofreie Städte

51

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner*innen und -besucher*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren.



Energiepreise

77

Anstelle neuer fossiler Energieprojekte braucht es in der Energiekrise eine Energie-Grundversorgung für alle: Progressive Tarife mit Preisdeckel für den Grundbedarf, Umverteilung von Profiten, gezielte Drosselungen und Umbau von industrieller Produktion und Investitionen in die Wärmewende.

2 Bausteine für Klimagerechtigkeit



Arbeitszeitverkürzung

105

Kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen.



Gerechte Bodenpolitik

133

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteur*innen. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, Land nach sozialen und ökologischen Konzepten zu vergeben und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.



Sozial-ökologische Steuerpolitik

175

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden.

2 Bausteine für Klimagerechtigkeit



Klimaschulden & Reparationen

215

Entwicklungsländer leiden unter einem doppelten Schlag: Sie sind vom Klimawandel betroffen, den sie kaum mitverursacht haben, und sie haben Mühe, eine hohe, nicht gerechtfertigte Schuldenlast zu begleichen. Durch einen Schuldenstrich und Reparationszahlungen müssen wir der Klimagerechtigkeit einen Schritt näher kommen.



Grundeinkommen & soziale Garantien

247

Grundeinkommen und andere soziale Garantien befördern soziale Gleichheit und bringen soziale Sicherheit für alle. Sie minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen..

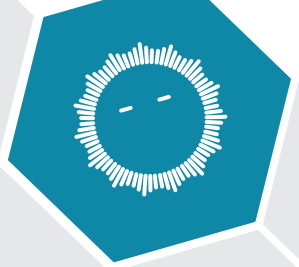
3 Klimagerechtigkeit und ... 279

Gute Gesundheitsversorgung für alle 280

Öffentliche digitale Infrastrukturen 292

Transformative Bildung 305

Danksagung 316



2. Bausteine für Klimagerechtigkeit



Bausteine des Transformations- prozesses

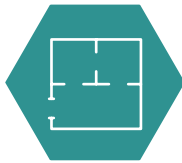
Die hier vorgestellten BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT sind der Versuch, eine Realpolitik jenseits von Wachstumswängen zu entwickeln: Es geht um Maßnahmen, die *sowohl* für mehr Klimagerechtigkeit sorgen *als auch* die Lebensqualität der Menschen im Hier und Jetzt verbessern können und vermehrt Freiräume jenseits kapitalistischer Wachstumswänge schaffen. Und doch werden sie nur durchsetzbar sein, wenn eine kritische Masse an Menschen veränderte Vorstellungen vom guten Leben entwickelt.

Autofreie Mobilität setzt zum Beispiel die Bereitschaft zur Abwendung vom Individualismus des Autoverkehrs voraus – und bietet dafür neben besserer Luft ein viel lebendigeres Stadtleben ohne ständige Unfallgefahr. Vergesellschafteter Wohnraum bricht mit dem Ideal des Wohneigentums als einziger Grundlage für ein sicheres Zuhause – und schafft stattdessen Sicherheit, die nicht an lebenslangen Leistungszwang zur Bedienung der Kredite gebunden ist, sondern auf gesellschaftlicher Solidarität gründet. Arbeitszeitverkürzung setzt auch bei weitgehendem Lohnausgleich voraus, dass Gewerkschaften ihre Verhandlungsmacht für freie Zeit statt für (absolut) mehr Lohn einsetzen – und so ihren Mitgliedern mehr Lebensqualität ermöglichen. Je mehr sich diese Ansätze verbreiten, je größere Freiräume geschaffen werden, desto stärker werden wiederum die Alltagserfahrungen der Menschen verändert und damit auch geltende Normen vom guten Leben nachhaltig verschoben.

Auch darum sind diese politischen Maßnahmen als Einstiegsprojekte so wichtig: Sie bringen Klimagerechtigkeit in den Bereichen voran, in denen dies nicht primär »Verzicht« voraussetzt – der schließlich auch in manchen gesellschaftlichen Bereichen unvermeidbar sein wird – sondern unmittelbar oder mittelbar zu einer Verbesserung von Lebensqualität führt. Das bedeutet nicht,

dass nicht auch hier erhebliche Widerstände zu erwarten wären, doch diesen steht zumindest potentiell das Eigeninteresse eines größeren Anteils der Menschen an positiver Veränderung entgegen. Dieses gilt es, in politisches Handeln zu übersetzen. Es geht also auch darum, die Möglichkeiten und Grenzen einer umfassenden Klimagerechtigkeitspolitik im deutschen Kontext auszutesten.

Für all dies möchten wir mit den Bausteinen eine Grundlage und einen Orientierungspunkt bieten. Acht Bausteine stellen wir in diesem Buch vor:



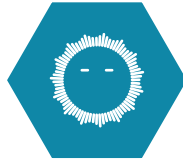
Gerechte Wohnraumverteilung

Die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nimmt kontinuierlich zu, dadurch werden Energieeinsparungen durch bessere energetische Standards zunichte gemacht. Daneben besteht der Trend einer zunehmend ungleichen Verteilung von Wohnfläche in Deutschland. Derzeit gibt es keine wirkungsvollen politischen Maßnahmen, die zu einer bedürfnisorientierten und suffizienten Verteilung von Wohnraum führen. Das liegt auch daran, dass die Profitinteressen von Immobiliengesellschaften und Finanzwirtschaft dem entgegenstehen. Wie dies durch eine Vergesellschaftung von Wohnraum verändert werden kann und welche Maßnahmen zur Reduzierung von Wohnfläche dann gemeinsam bedürfnisgerecht umgesetzt werden, zeigen wir in diesem Kapitel.



Autofreie Städte

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner*innen und -besucher*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen bei der Stadtgestaltung können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren. Doch dem stehen Machtinteressen der Autolobby und völlig veraltete Gesetze im Verkehrsrecht entgegen. Wie wir Deutschlands Städte trotzdem von Autos befreien können, haben wir in diesem Kapitel anhand konkreter Maßnahmen aufgezeigt.



Energiepreise

Im Zuge der Energiepreissteigerungen haben wir versucht, transformative Wege aus der Krise aufzuzeigen, die ohne Schnellschussinvestitionen in neue fossile Energieinfrastrukturen wie LNG-Terminals auskommen. Im Mittelpunkt stehen progressive Tarifsysteme, in denen ein Grundrecht auf Energie für Haushalte über einen günstig zur Verfügung gestellten Grundbedarf verwirklicht wird. Zusätzlicher Energieverbrauch wird dagegen zunehmend teurer abgerechnet. Zudem diskutieren wir in diesem Kapitel andere kurz- und längerfristige Schritte an, wie die Verhinderung von Strom- und Gassperren, die Umverteilung von Krisenprofiten, die Drosselung nicht-lebensnotwendiger Industrieproduktion bei Engpässen sowie die Vergesellschaftung der Energieversorgung.



Arbeitszeitverkürzung

Kollektive Arbeitszeitverkürzung (AZV) auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen. Die große Mehrheit der Bevölkerung würde von einer AZV profitieren, aber die Minderheit, die das nicht tut, hat mehr Macht. In diesem Kapitel zeigen wir, wie eine AZV ausgestaltet sein müsste, um den Menschen zu dienen, einen Schritt Richtung Klimagerechtigkeit zu leisten und wie sie umsetzbar wäre.



Gerechte Bodenpolitik

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nehmen zunehmend Einfluss auf den Bodenmarkt. Das lässt die Preise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteur*innen. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, die Bodenvergabe nach sozialen und ökologischen Konzepten zu fördern und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Im Mittelpunkt einer gerechten Bodenpolitik stehen dabei Maßnahmen, die die Rechte kapitalstarker Akteur*innen begrenzen, eine stärkere Gemeinwohlorientierung unterstützen und dadurch den Weg in eine demokratische, vielfältige und zukunftsfähige Landwirtschaft ebnen.



Sozial-ökologische Steuerpolitik

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden. Steuern sind die Haupteinnahmequelle, um den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland zu finanzieren. Reiche und Unternehmen, die die Klimakrise im Besonderen verantworten, sollten stärker an den Kosten zu deren Bewältigung beteiligt werden.

Diese sechs BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT basieren auf Diskussionen in einer Reihe von Transformationswerkstätten, die im Laufe des Jahres 2022 stattfanden. Für jeden Baustein haben wir einen fachlich geeigneten Kreis an Expert*innen aus Wissenschaft, Praxis, Politik, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zusammengebracht. Insgesamt waren 55 verschiedene Institutionen und Organisationen vertreten. Viele der Beteiligten haben auch Entwürfe gelesen und kommentiert, manche sich sogar an den Schreibprozessen beteiligt. Diese Bausteine finden sich als Dossiers zum Download und als Webversion aufgearbeitet auf der Webseite:

→ www.knoe.org/bausteine-fuer-klimagerechtigkeit

Erschienen sind sie unter einer Creative-Commons-Lizenz, die die freie Weiterverbreitung ausdrücklich erlaubt.

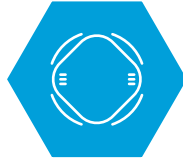


Klimaschulden & Reparationen

Ein weiterer von uns geplanter Baustein hat bislang nicht zu einer Veröffentlichung geführt: Wir wollten uns darin im Sinne globaler Klimagerechtigkeit auch der Frage von Klimaschulden und Reparationen annehmen. »Klimaschulden« bezeichnet den Umstand, dass die frühindustrialisierten Länder ihren Wohlstand nicht nur über die Ausbeutung von Arbeitskraft und kolonialen Raub angehäuft haben, sondern eben auch über die Aneignung von Naturressourcen – etwa der Atmosphäre, in die über Jahrhunderte CO₂ ausgestoßen wurde. Diese Möglichkeit besteht für Länder des Globalen Südens jetzt nicht mehr, ohne sämtliche Kippunkte des Klimasystems zu überschreiten. Gleichzeitig sind es eben jene Länder, die die Folgen der Klimakrise bereits jetzt am härtesten zu spüren bekommen.

Im Austausch mit den Expert:innen, die wir zu unserer Transformationswerkstatt zur Vorbereitung des Bausteins über Klimaschulden und Reparationen eingeladen hatten, wurde erneut deutlich, dass es eine Spannung zwischen der vorherrschenden, sehr weißen Umweltbewegung und der Realität gibt, dass die Menschen, die sich am meisten um den Klimawandel sorgen, BIPoC¹ sind. Als mehrheitlich weiße Organisation haben wir daher entschieden, zunächst keinen Baustein zum Thema zu veröffentlichen sondern dies mittelfristig in Zusammenarbeit mit BIPoC innerhalb und außerhalb des *Konzeptwerks* zu tun. Unserem Teammitglied Oumarou Mfochivé sind wir dankbar, dass er für dieses Buch einen ersten Ausblick auf das Thema verfasst hat.

1 BIPoC steht für Black, Indigenous and People of Colour und bedeutet auf Deutsch: Schwarz, Indigen und der Begriff »People of Color« wird nicht übersetzt.



Grundeinkommen & soziale Garantien

Wir freuen uns außerdem, dass Ronald Blaschke und Werner Rätz sich vom Projekt inspiriert dazu entschieden haben, einen weiteren Baustein beizutragen: »Grundeinkommen & soziale Garantien«. Diese befördern soziale Gleichheit und bringen soziale Sicherheit für alle durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ermöglichen demokratische Teilhabe, minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen. Soziale und Beteiligungsgerechtigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation – in jedem einzelnen Land und weltweit.

Auf unserer Website haben wir zusätzlich ein Dossier veröffentlicht, das die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung aus Klimagerechtigkeitsperspektive kritisch aufarbeitet. Auch dieses Dossier zielt auf eine wichtige Leerstelle in aktuellen klimapolitischen Debatten ab, da der gegenwärtige Ausbau fossiler Infrastrukturen regelmäßig mit illusorischen Verweisen auf die spätere Umstellung dieser Infrastrukturen auf »grünen« Wasserstoff gerechtfertigt wird.

Das WASSERSTOFF-DOSSIER steht damit exemplarisch für die notwendige Kritik an Scheinlösungen, die bis heute den Klimadiskurs stark prägen, und ist auf unserer Website verfügbar.



Gerechte Wohnraum- verteilung

Vergesellschaftung als Basis einer gerechten und ökologischen Wohnraumverteilung

Der Wohnraum pro Kopf nimmt in Deutschland zu, wodurch auch der Energiebedarf steigt. Gleichzeitig ist Wohnraum ungleich und ungerecht verteilt. Auf einem profitorientierten Wohnungsmarkt besteht allerdings kein Interesse daran, Wohnraum sozial und umweltgerecht zu verteilen. Mit der Vergesellschaftung von Wohnraum kann die Umsetzung dieser Ziele ermöglicht bzw. maßgeblich beschleunigt werden.

Auf einen Blick

- Die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nimmt kontinuierlich zu, dadurch werden Energieeinsparungen durch bessere energetische Standards zunichte gemacht.
- Es gibt einen Trend zu einer immer ungleicheren Verteilung von Wohnfläche in Deutschland.
- Es gibt derzeit keine wirkungsvollen politischen Maßnahmen, die zu einer Verringerung des Wohnraumbedarfs pro Kopf führen.
- Die Profitinteressen von Immobiliengesellschaften und Finanzwirtschaft stehen einer geringeren Wohnfläche und einer gleicheren Wohnraumverteilung entgegen.
- Bei entsprechender Ausgestaltung kann Wohnraum durch eine Vergesellschaftung dem Profitinteresse entzogen werden. Maßnahmen zur Reduzierung von Wohnfläche pro Kopf können dann gemeinsam bedürfnisgerecht umgesetzt werden.
- Hierfür gibt es Vorbilder: Eine gerechtere Wohnraumbewirtschaftung gelingt in kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

Wohnraum: Ungerecht verteilt und Treiber für Energieverbrauch

Wohnen ist in Deutschland verantwortlich für etwa 31% der nationalen CO₂-Emissionen.¹ Wohnungsneubau ist mit großem Ressourcenverbrauch und Flächenversiegelung verbunden. Um den Wohnungssektor kompatibel mit einem 1,5-Grad-Pfad zu machen und insgesamt ökologisch auszurichten, ist es daher wichtig, nicht nur energetisch zu sanieren, sondern auch die Wohnfläche pro Kopf zu verringern. Gleichzeitig ist angemessener Wohnraum ein Menschenrecht – Wohnraum sollte also bedürfnisgerecht² verteilt werden.

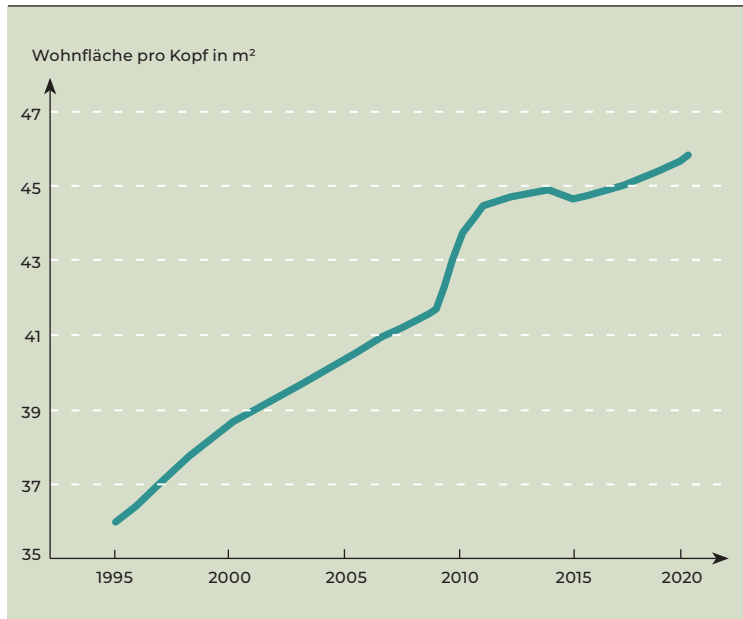
Beides gelingt in Deutschland bisher nicht. Einerseits steigen Wohnfläche und Flächenversiegelung pro Kopf – insbesondere auf dem Land – kontinuierlich an³, andererseits wird die Verteilung vor allem in Städten immer ungerechter⁴.

Die Politik setzt auf Neubau als zentrale Lösungsstrategie drängender sozialer Wohnungsfragen. Der Ansatz ist stets: »Bauen, bauen, bauen«. Wohnraum soll in wachsenden Städten vorrangig durch neue Mehrfamilienhäuser für untere Einkommensschichten mit geringer individueller Wohnfläche geschaffen werden.

-
- 1 Beinhaltet direkte und indirekte Emissionen des Jahres 2018, *Umweltbundesamt* (12.09.2022).
 - 2 Statt von »Bedürfnis« wird im Bereich Wohnen auch oft von »Bedarf« gesprochen, was ein Mindestmaß darstellt, während »Bedürfnis« individuell unterschiedlich und z.B. auch durch Werbung erzeugt werden kann. Wir nutzen trotzdem den Begriff »Bedürfnis«, da es a) auch gerechtfertigte Bedürfnisse gibt und b) wir damit darauf hinweisen wollen, dass es für eine sozial gerechte Wohnraumverteilung einen solidarischen, offenen Austausch darüber braucht, welche Bedürfnisse das sind.
 - 3 Insgesamt ist in Deutschland der Wohnflächenverbrauch pro Person seit 1995 um 10qm gestiegen (eigene Berechnung nach Daten des statistischen Bundesamtes).
 - 4 Siehe z.B. Christoph Butterwegge (20.04.2021) → Wohnungleichheit in Deutschland; zum Anstieg der Überbelegungsquote seit 2014: *Eurostat* (14.09.2022) → Überbelegungsquote nach Altersgruppe - EU-SILC Erhebung.

Alternativ soll er über eine Steigerung des Angebots an hochpreisigem Wohnraum durch Umzugsketten frei werden.⁵ Die Option vorhandenen Wohnraum besser zu verteilen wird von der Politik weitestgehend ausgeblendet. Sie ignoriert damit die Gründe für die genannten Trends und belastet mit Neubau die Umwelt.

Abbildung 1: Wohnflächenverbrauch in Deutschland pro Kopf seit 1995.



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des statistischen Bundesamtes.

Diese Gründe sind vielfältig. Zentral hierbei ist aber das Interesse der Wohnungskonzerne, Bodenspekulant*innen und Investoren (Banken, Investmentfonds, Rentenfonds...) an möglichst hohen Renditen.⁶ Es führt einerseits dazu, dass nicht genug kleine

5 Diese Annahme beruht auf der Filtering-Theorie, deren empirische Validität bisher noch nie belegt wurde, siehe *suburban* (28.11.2018) → Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik.

6 Hierbei ist zu sagen, dass sich Immobilienkonzerne und Finanzakteure im Wettbewerb befinden und nur bedingt anders handeln können, ohne verdrängt oder z.B. von Aktionären verklagt zu werden.

Wohnungen bzw. Flächen für gemeinschaftliches Wohnen bereitgestellt werden. Andererseits hat es zu einem starken Anstieg der Immobilienpreise und Mieten geführt.

Beides hat Folgen:

- Wohnraum ist so teuer, dass Menschen mit geringem Einkommen in zu kleinen Wohnungen wohnen.
- Für Menschen in großen Wohnungen gibt es keine Möglichkeit umzuziehen, wenn sich ihre Bedarfssituation ändert (etwa durch Auszug der Kinder, Trennungen, etc.), da kein preisgünstiger, räumlich nahe gelegener Wohnraum zur Verfügung steht. Manchmal reicht selbst der Verkaufserlös eines Hauses nicht für eine kleinere Eigentumswohnung. Dies führt zu einer Verstärkung der Wohnungsknappheit.
- Der Mangel an Alternativwohnraum führt dazu, dass eine Besteuerung von (übermäßig großem) Wohnraum als unfair wahrgenommen wird, entweder weil die Bewohner*innen gar keine erschwingliche Alternative haben oder aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden.
- Tausch- und Beratungsprogramme scheitern ebenfalls am Fehlen von Alternativwohnraum mit ähnlichem Quadratmeterpreis, am unzureichenden Mietrecht und fehlenden Umzugsunterstützungsprogrammen.⁷ Und selbst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, erschweren Immobilienunternehmen den Tausch, weil sie vor allem Interesse an Auszug und Neuvermietung am Markt haben (inklusive Anhebung der Miete).

7 Die mäßige Bilanz der Wohnungstauschbörse in Berlin wird im folgenden Artikel beleuchtet: *Süddeutsche Zeitung* (17.01.2020) → Verkehrte Verhältnisse.

Vergesellschaftung als Basis einer (umwelt-)gerechteren Wohnraumverteilung

Wie kann also Wohnraum (umwelt-)gerecht verteilt werden? Ein wichtiger Schritt kann sein, Wohnraum nicht weiter wie eine Ware oder ein Spekulationsobjekt zu behandeln, sondern auf demokratische Weise bedürfnisgerecht und sparsam zu verteilen.⁸ Immobiliengesellschaften, die selber im Wettbewerb stehen, haben weder Interesse noch Anreize eine bedürfnisgerechte Verteilung zu verwirklichen. Daher ist die Vergesellschaftung von Wohnraum eine vielversprechende Strategie. Das heißt: Immobilien aus den Händen von privaten Unternehmen in kommunale Wohnungsunternehmen⁹, Genossenschaften¹⁰ oder – wie von *Deutsche Wohnen & Co. Enteignen (DWE)* vorgeschlagen – in eine Anstalt öffentlichen Rechts zu übertragen.¹¹ Bei dieser Vergesellschaftung geht es nicht um Wohnungen in privatem und/oder selbst bewohntem Einzelbesitz, sondern um große Immobilienunternehmen, die vor allem in den großen Städten einen hohen Anteil der Mietwohnungen besitzen.¹²

-
- 8 Dies gilt vor allem für Städte, in denen Mietwohnen vorherrscht. Aber auch auf dem Land hat die Spekulation mit Wohnraum Folgen. Dort besitzen die meisten Senior*innen Wohneigentum und suchen nicht nach kleineren Mietwohnungen, sondern nach erschwinglichen kleineren Eigentumswohnungen bzw. Gemeinschaftswohnprojekten. Auch hier führen steigende Immobilienpreise zu einem mangelnden Angebot.
 - 9 Dies geschieht in verschiedenen Kommunen in Deutschland durch den Ankauf von Wohnraum.
 - 10 Natürlich gibt es auch viele Genossenschaften, die sich ähnlich wie privatwirtschaftliche Akteur*innen verhalten, aber die Rechtsform der Genossenschaft bietet zumindest die Chance einer anderen Wohnraumbewirtschaftung. Hierfür braucht es den Druck der Genossenschaftsmitglieder und eine entsprechende politische Rahmensetzung.
 - 11 Im Gegensatz zu anderen Lösungen wären die vergesellschafteten Wohnungen damit dem Gemeinwohl im Allgemeinen verpflichtet, während bspw. Genossenschaften stärker den Belangen ihrer Mitglieder verpflichtet sind.
 - 12 2019 besaßen die 25 größten Wohnungseigentümer*innen zusammen fast 2 Mio. Wohnungen. Siehe Matti Schenk (20.03.2019) → Die größten Wohnungseigentümer Deutschlands.

Eine Vergesellschaftung von Wohnraum eröffnet viele Möglichkeiten, günstigen Wohnraum zu schaffen, diesen bedürfnisorientiert umzuverteilen und damit die durchschnittlichen Wohnflächen pro Kopf zu verringern:^{13 14}

- Statt den Neu- und Umbau am Profit zu orientieren, würde er sich an den Bedürfnissen der Bewohner*innen orientieren. Hierzu gehört auch die Möglichkeit gemeinschaftlichen Wohnraum zu schaffen.
- Bei ausreichender Menge an Wohnungen können Mieter*innen bei Bedarf in eine kleinere/größere Wohnung mit gleichem/ähnlichem Quadratmeter-Preis wechseln, ohne ihre Nachbarschaft verlassen zu müssen.
- Demokratische Strukturen können als Austauschraum über (neue) Wohnraumbedürfnisse genutzt werden.¹⁵
- In vergesellschaftetem Wohnraum können Mieter*innen Lösungen finden, um die Wohnfläche pro Person auf ein ausreichendes Maß zu begrenzen, aber eben auch solidarisch umzuverteilen, sodass niemand zu wenig hat. Möglich sind etwa gemeinschaftlich ausgehandelte Begrenzungen der Menge der Räume oder Quadratmeter pro Person bei Neueinzug. Auch die erste Umverteilung nach einer Vergesellschaftung kann z.B. über Miet-Rabatte für Personen mit geringem Quadratmeter-Verbrauch sozial gerecht und ohne Zwang erfolgen.

13 Natürlich müssten die Mitglieder der Genossenschaften und der Anstalt öffentlichen Rechts sich auch für solche Maßnahmen entscheiden. Umfragen zeigen aber, dass Menschen durchaus bereit sind, auf Wohnraum zu verzichten (siehe → Mythen & Missverständnisse).

14 Eine zentrale Frage wird dabei sein, welche Menge an Wohnraum wir im Durchschnitt, aber auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen angemessen finden. Die Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau können einen Eindruck vermitteln: Sie variieren zwischen den Ländern und Städten, liegen aber etwa bei 40-50qm/Person bei Singlewohnungen und bis zu etwa 20qm/Person in 5-Personen-Haushalten.

15 Im Rahmen des von *Deutsche Wohnen & Co* enteignen angestrebten Modells bieten sich hierfür die Siedlungsrate an.

- In vergesellschaftetem Wohnraum können Umbaumaßnahmen durchgesetzt werden, die eine möglichst flexible Nutzung ermöglichen. Hierzu gehören sowohl die Schaffung von gemeinschaftlichem Wohnraum (Küchen, Waschräume, Werkstätten,...) als auch die Bereitstellung von individuell genutzten Zimmern, Wohnungen und privaten Rückzugsräumen verschiedener Größen.



(Umwelt-)Gerechte Wohnraumverteilung für eine effektive Wärmewende

Potenzialanalysen für den Beitrag zum Klimaschutz einer (umwelt-)gerechten – das heißt den Bedürfnissen angepassten – Verteilung von Wohnraum durch Vergesellschaftung liegen noch nicht vor. Hierfür müssten Annahmen über die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Vergesellschaftung sowie über die Entwicklung der Wohnraumverteilung in vergesellschafteten Organisationen getroffen werden.

Es gibt allerdings Berechnungen, die zeigen, wie wirksam eine Umkehr des Trends von mehr Wohnraum pro Person wäre. So kommt das *Öko-Institut* zu dem Ergebnis¹⁶, dass bei einer durchschnittlichen Verringerung des Wohnraums um 3% pro Jahr bei Zielgruppen mit überdurchschnittlichem Wohnraumverbrauch¹⁷ im Jahr 2030 etwa 60GWh (Endenergie) oder 14 Mio. t CO₂ eingespart werden könnten. Dies entspricht etwa 6% der CO₂-Emissionen des Bedarfsfelds Wohnen¹⁸. Hinzu kommen die Einsparungen, die sich durch eine beschleunigte, auf ökologische Wirksamkeit ausgelegte energetische Sanierung (siehe Box → Energetische Sanierung von Wohnraum) und weniger Neubau erreichen lassen.

16 *Umweltbundesamt* (September 2019) → Flächensparend Wohnen; Tabelle 14.

17 Die Wohnfläche pro Person würde dadurch je nach Zielgruppe im Jahr 2030 zwischen 52-57qm liegen statt bei 84-92qm in der Referenzentwicklung.

18 Das Bedarfsfeld Wohnen beinhaltet direkte und indirekte Emissionen des Jahres 2018, *Umweltbundesamt* (12.09.2022) → Kohlendioxid-Emissionen im Bedarfsfeld »Wohnen«.

Energetische Sanierung von Wohnraum

Die energetische Sanierung von Wohnraum ist eine **Schlüsselmaßnahme zur Dekarbonisierung des Wohnungssektors**. Sie lohnt sich – theoretisch – in den meisten Fällen finanziell für die Bewohner*innen, vor allem bei steigenden Energiepreisen. Leider kommen in der Praxis die Einsparungen häufig nicht bei den Bewohner*innen an, ihre Warmmiete kann sogar nach der energetischen Modernisierung steigen.¹⁹

Die derzeitige gesetzliche Regelung sieht die Umlage der energetischen Sanierungskosten auf die Miete vor. Staatliche Fördermittel müssen davon abgezogen werden. In der Praxis werden Mehrkosten, die durch die energetischen Verbesserungen entstehen, und die Kosten für die reine Instandhaltung der Wohnungen (die über die Kaltmiete abgedeckt sind und deshalb nicht noch einmal umgelegt werden dürfen) allerdings häufig nicht sauber getrennt.²⁰ Außerdem nehmen weniger als 10% der Vermietenden Fördermittel in Anspruch²¹ und verzichten damit auf eine Möglichkeit, die Kosten für die Mietenden zu senken. So kommt es teils zu massiven Mieterhöhungen (auch über die Tilgung der Investition hinaus). Außerdem werden falsche Anreize gesetzt – statt möglichst Energie einsparend zu sanieren, lohnt es sich, möglichst teuer zu sanieren. Eine **Abschaffung oder zumindest eine Reform** der Modernisierungsumlage ist daher dringend erforderlich. Es liegen bereits konkrete Vorschläge dazu vor.²²

Darüber hinaus ist eine schnelle Einführung von **gesetzlichen Sanierungspflichten** notwendig, wie sie auf europäischer Ebene bereits grundsätzlich beschlossen sind, deren nationale Ausgestaltung aber noch aussteht (sogenannte Mindesteffizienzstandards, mit denen Fristen vorgegeben werden, bis wann welche Gebäude welchen



energetischen Zustand erreicht haben müssen, angefangen bei den ineffizientesten Gebäuden). Weiterhin sollte auf **öffentliches oder kollektives Eigentum** gesetzt werden, da hier die direkten Steuerungsmöglichkeiten viel größer sind. Viele Genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften machen dies schon vor. Hier werden die Kosten durch Gewinne getragen und nur teilweise auf die Mieter*innen umgelegt.²³ Schließlich liegt der Fokus auf besonders wirksamen Maßnahmen und es werden ökologische Materialien genutzt.²⁴ Die **Vergesellschaftung von Wohnraum** ist eine Möglichkeit, öffentliches Eigentum zu erlangen und ebensolche Maßnahmen umzusetzen.

-
- 19 *Ecornet Berlin* (Dezember 2021) → Empfehlungen für eine sozialverträgliche Wärmewende in Berlin.
 - 20 Der Vorschlag des »funktionalen Kostensplittings« erläutert die aktuellen fehlerhaften Berechnungen und steuert dieser Praxis entgegen:
→ funktionales-kostensplitting.de
 - 21 Siehe Frondel et al. (28.4.2022) → Report: So wird geheizt – Ergebnisse des Wärme- und Wohnen-Panels 2021.
 - 22 *ifeu* (2019) → Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen.
 - 23 Sabine Drewes, *Heinrich Böll Stiftung* (01.04.2019) → Sozialverträglich und klimafreundlich modernisieren, Abschnitt »Best practice sozial: Verzicht auf die volle Modernisierungsumlage«.
 - 24 Gelungene Beispiele von energetischer Sanierung durch Genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften finden sich in *Heinrich Böll Stiftung* (2019) → Klimasozial sanieren.

(Umwelt-)Gerechte Wohnraum- verteilung für eine sozial-ökologische Transformation

Neben den direkten ökologischen Effekten ist eine Vergesellschaftung von Wohnraum auch aus anderen Gründen ein wichtiger Baustein einer sozial-ökologischen Transformation:

- Aus Angst vor steigenden Preisen und den Umständen eines Umzugs orientieren sich viele Menschen beim Kauf einer Immobilie an dem Zeitraum, in dem die Familie am größten ist. Diese Ängste könnten den Menschen durch einen anderen Umgang mit Wohnraum genommen werden, sodass sie zunächst in kleineren Immobilien wohnen und bei Veränderungen der Familiengröße umziehen.
- Vergesellschafteter Wohnraum erlaubt ein anderes Miteinander. Dies entsteht z.B. durch gemeinschaftlichen Wohnraum, aber auch dadurch, dass anstelle der oftmals antagonistischen Beziehung zwischen Mieter*in und Vermieter*in ein Miteinander von Menschen tritt, die in demokratischen Strukturen gleichzeitig Mieter*innen wie auch Vermieter*innen sind.
- Eine Demokratisierung der (Ver-)Mietung von Wohnraum kann Menschen die Möglichkeit geben, sich für Klimaschutz und eine Energiewende von unten einzusetzen, anstatt den tatsächlichen oder ausbleibenden Sanierungsplänen der Vermieter*innen ausgeliefert zu sein.



Wo es schon anders läuft

Vergesellschafteter Wohnraum ist keine neue Idee. Im Gegenteil, die Privatisierung des Gebäudesektors ist ein Prozess neoliberaler Politik, der Ende der 1970er Jahre an Geschwindigkeit zugenommen hat. Trotzdem gibt es noch viele Beispiele für eine andere Art der Wohnraumversorgung:

In einigen europäischen Ländern wie Österreich, Dänemark oder Schweden gibt es noch einen großen Anteil von Wohnraum, der durch kommunale oder anderweitig nicht-profitorientierte Wohnungsbaugesellschaften verwaltet wird.

Die Stadt Wien ist seit den 1920er Jahren durch einen umfangreichen Gemeindebau – das sind Wohnblöcke des kommunalen sozialen Wohnungsbaus – geprägt. Auch heute leben noch 31 % der Wiener*innen im Gemeindebau. Die Mieten sind günstiger als in vergleichbaren Städten.²⁵

²⁵ Wikipedia → Stadt Wien – Wiener Wohnen.

»Eine klimagerechte Welt, wie soll das gehen?« Wer sich für soziale und ökologische Verbesserungen einsetzt, kennt diese skeptische Frage. Dieses Buch gibt konkrete Antworten: Es zeigt Wege in eine (klima-)gerechte Zukunft, die im Hier und Jetzt beginnen und Ökologisches und Soziales neu zusammendenken.

Die Idee hinter den Bausteinen für Klimagerechtigkeit sind wirksame Maßnahmen für einen sozialökologischen Umbau, die innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre umsetzbar sind – jenseits von technischen Lösungen und Profitlogik. Jede ausgewählte Maßnahme stellt ein eigenes gesellschaftliches Transformationsprojekt dar, das sich durch drei Eigenschaften auszeichnet: Sie sind transformativ, solidarisch und machbar.

Die Bausteine für Klimagerechtigkeit wurden zusammen mit Expert*innen aus sozialen Bewegungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Gewerkschaften entwickelt. Dieses gesammelte Wissen soll Menschen inspirieren, ins Tun zu kommen. So ist dieses Buch eine Ressource für alle, die aktiv sind, und alle, die es werden wollen.

